

P/XVIII/86

Bonn, den 7. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a Die Lehren 63

Nach dem Nachtgespräch über die Situation in der Metallindustrie

2 - 3 Landwirtschaftliche Altershilfe 92

Ein Kapitel Entwicklungsgeschichte

Von Armin Winninger

Wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion
für Agrarpolitik

4 Keine Frauen für Bundeswehr-Einheiten 45

Ein offenes Wort zu einer abgestoppten Erntekeil-Aktion

5 "Taten sprechen lauter als Worte" 27

Die britischen Ostermarschierer und der
kommunistische Weltfriedensrat

5 "Stiefkind der Gesellschaftsordnung" 25

Zur Kritik des katholischen Familienbundes

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Lehren

Nach dem Nachtgespräch über die Situation in der Metallindustrie

G.M. - Das Ergebnis des fast zwölfstündigen Gesprächs zwischen den Tarifpartnern in der Metallindustrie unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard läßt vermuten, daß sich alle Beteiligten des Ernstes der Situation bewußt waren, als sie sich an einen Tisch setzten. Wir wissen im Augenblick nicht, wie die Arbeitnehmer in der Metallindustrie auf den in der Nacht zum Dienstag erreichten Kompromiß reagieren werden. Die Erbitterung über die Aussperrungsmaßnahmen und die offen von manchen Unternehmervertretern zum Ausdruck gebrachte Absicht, die Metallarbeiter "in die Knie" zu zwingen, ist sicher noch nicht verklungen. Andererseits bedeutet die Erhöhung des Tariflohnes um fünf Prozent mit Rückwirkung ab 1. April 1963, sowie weitere in Aussicht gestellte Lohnerhöhungen zu Beginn des nächsten Jahres eine Anhebung des Arbeitnehmereinkommens, soweit dieses nicht durch nachfolgende Preiserhöhungen der allgemeinen Lebenshaltung wieder geschwälert wird.

- * Wir begrüßen jedoch die Entscheidung, da sie einmal mehr
- * gezeigt hat, daß nach so vielen Brückierungen die Arbeit-
- * nehmerschaft ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein für
- * das Ganze zeigt.

Wenn man auch sicher allenthalben aufatmen wird, so muß doch gerade jetzt mit aller Eindringlichkeit gesagt werden, daß der in der Nacht zum Dienstag gefundene Kompromiß noch lange nicht die Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme darstellt.

Der Kampf in der Metallindustrie hat gezeigt, wie unterschiedlich die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik sein kann. Die moderne Industriegesellschaft mit ihren großen Fachorganisationen, die jeweils über ausgezeichnete wirtschaftswissenschaftliche Institute verfügen, bedarf mehr denn je einer Gesamtübersicht. Die vielfältigen Verflechtungen der Wirtschaft im modernen Industriestaat, das Ineingandergreifen von Aktivitäten auf dem Inlands- und Auslandsmarkt, die richtige Abstimmung von Produktionsvolumen, Gewinnmöglichkeiten und Kaufkraft sind eine der großen Aufgaben, vor die der demokratische Staat von heute gestellt ist, wenn er tatsächlich

ein sozialer Rechtsstaat sein will.

- * Es wird also erforderlich sein, das seit langem auch von
- * den Gewerkschaften geforderte unabhängige Gutachtergremi-
- * um für die Wirtschaft endlich wirksam werden zu lassen.
- * Es wird ferner notwendig sein, eine volkswirtschaftliche
- * Gesamtrechnung aufzustellen, mit deren Hilfe die klare
- * Übersicht über Möglichkeiten und Notwendigkeiten sowohl
- * der privaten wie der öffentlichen Wirtschaft im Interes-
- * se des Allgemeinwohls geschaffen werden kann.

Das alles sind Aufgaben, deren Lösung allzulange von der Bundesregierung hinausgezögert wurde. Wir wollen hoffen, daß die Auseinandersetzung in der Metallindustrie einen neuen Auftrieb zur Überwindung noch vorhandener Schwierigkeiten in diesem großen Aufgabenbereich bietet.

Abschliessend noch ein Wort des Dankes an die Arbeitnehmer in der Metallindustrie und an ihre Gewerkschaftsführung. Jenseits der Mauer und der Stacheldrähte hat man versucht, die große Auseinandersetzung in der westdeutschen Metallindustrie zu einem Politikum im Sinne kommunistischer Ideen zu machen. Dieser Versuch ist an der demokratischen Zuverlässigkeit der Gewerkschaften und der deutschen Arbeitnehmer gescheitert. Kommunistische Provokateure wurden nach Hause geschickt, Hetzsendungen aus der Zone erzielten keinerlei Wirkung. Selbst aufreizendes Verhalten einiger weniger Elemente, die während der vergangenen Tage ihren "Herr-im-Hause-Standpunkt" allzu offen demonstrierten, wurde ignoriert.

- * Das alles ist ein Zeichen großer staatspolitischer Reife
- * von hunderttausenden Arbeitnehmern, die sich ja bewußt
- * sind, daß sie bei einem solchen Arbeitskampf auch mate-
- * rielle Opfer auf sich nehmen müssen.

Zweifellos wird dieses Verhalten unserer Metallarbeiter manchen nachdenklich stimmen, der in der Vergangenheit allzu schnell bereit war, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer mit dem Prädikat "Radikalismus" zu versehen. Einmal mehr hat die freie deutsche Arbeiterbewegung eine Belastungsprobe bestanden, die ihr auferlegt worden war.

Landwirtschaftliche Altershilfe

Ein Kapitel Entwicklungsgeschichte

Von Armin Winninger
Wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion
für Agrarpolitik

Die soziale Sicherung der in der Landwirtschaft selbständig Tätigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen ist in der Bundesrepublik im Vergleich mit der Regelung anderer Länder, zum Beispiel Frankreichs oder Schwedens, unzureichend. Wenn man nach den Gründen forscht, so findet man die Hauptursache in dem Widerstand der Regierungsparteien und eines Teiles des Berufsstandes, geboren aus dem Ignorieren der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einerseits und dem Festhalten an veralterten Leitbildern andererseits.

Im Jahre 1946 wurde die SPD-Forderung nach einer landwirtschaftlichen Alterssicherung als "marxistisches" Gedankengut abgetan. Knapp 10 Jahre später, im Sommer 1955, als es bei der Beratung des Landwirtschaftsgesetzes darum ging, den Katalog der dort verankerten agrarpolitischen Mittel, allgemeine Wirtschafts-, Agrar-, Steuer-, Kredit-, Handels- und Preispolitik, um das Wort Sozialpolitik zu bereichern, wurde vom Deutschen Bauernverband eingewendet, dies bringe Unklarheiten ins Gesetz und erschwere dessen Durchführung. Die damalige DP- und jetzige CDU-Abgeordnete Kalinke sprach spöttisch von einer Vermischung von Agrarreform und Sozialreform. Der SPD wurde vorgehalten, sie wolle die Landwirtschaft mit einem sozialpolitischen Sammelsurium abspesen.

Damals war die Ehe zwischen Bauernverband und Bundesregierung noch blendend intakt; der SPD-Antrag wurde abgelehnt.

Der deutsche Bauernverband erklärte im Jahre 1956 anlässlich eines Referententwurfs des Bundesernährungsministeriums und des Bundesarbeitsministeriums, der die Pflichtversicherung bei der landwirtschaftlichen Altershilfe vorsah, folgendes:

*"Der deutsche Bauer will freier Mann auf freier Scholle
* le bleiben. Das gilt auch bezüglich der Altersversorgung ... die auf einer ausschließlich freien, individuellen Grundlage aufgebaut sein muß."

Erst im Jahre 1957, als die Bundestagswahl heranrückte und die Masse der Bauern aufgrund der sich deutlich zeigenden Disparität unruhig wurde, beschloß man in aller Eile, die landwirtschaftliche Altershilfe einzuführen. Doch selbst damals sagte noch Frau Kalinke: "Zwangsversorgung und Zwangsversicherung der Landwirte kann nicht mit irgendeiner Zwangseinrichtung der Arbeitnehmer gleichgesetzt werden."

Bei allen damaligen Auseinandersetzungen wurde immer wieder deutlich, wie tief neben einer allgemeinen ablehnenden Haltung sozialpoli-

tischen Maßnahmen gegenüber die Vorstellung von der Deklassierung der Arbeitnehmer, wie stark ein falsch verstandenes Standesbewußtsein in den Herzen vieler "bürgerlicher" Agrarpolitiker verwurzelt war.

Ignorierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

- * Tatsache ist, daß durch die Entwicklung des technischen
- * Fortschritts der Wert des Bodens abnimmt, der der Arbeit
- * zunimmt, d.h. die Bodendreite zeigt auf lange Sicht eine
- * sinkende Tendenz; Tatsache ist weiter, daß in Verbindung
- * mit steigendem Wohlstand die Vorstellung von Existenzminimum
- * und damit von der Betriebsgröße sich gewandelt hat. Nehmen
- * wir hinzu, daß die Landwirtschaft durch die zunehmende
- * Verpflichtung mit dem Markt den Unsicherheiten der Gesamt-
- * wirtschaft unterworfen ist, so ergibt sich die eindeutige
- * Schlußfolgerung, daß das alte Leitbild, daß Verfügungsgewalt
- * über Boden jeder Zeit ein ausreichendes Maß an sozialer
- * Sicherheit gewähre, nicht mehr stimmt, ganz abgesehen davon,
- * daß dieses System sozialer Sicherung nie zufriedenstellend
- * funktionierte. Dies trifft besonders auf die Masse der
- * kleineren und mittleren Betriebe zu, bei der die soziale
- * Sicherheit sehr viel stärker von der Verfügung über die
- * Arbeitskraft abhängt.

Festhalten an veralterten Leitbildern

- * Immer dann, wenn unangenehme Realitäten übersehen werden
- * sollen, versucht man, den Blick der landwirtschaftlichen
- * Bevölkerung mit falsch verstandenen Wertvorstellungen zu
- * trüben. Begriffe wie Freiheit und Selbstverantwortung spielen
- * zentrale Rollen. Im allgemeinen weiß niemand genau, welche
- * Art von Freiheit und Selbstverantwortung im einzelnen ge-
- * meint ist. Der Masse der bäuerlichen Bevölkerung ist in je-
- * dem Falle unklar, weshalb und wie etwa durch die Versiche-
- * rungspflicht die persönliche, geistige oder politische Frei-
- * heit oder Selbstverantwortung berührt werden könnte. Man
- * wird doch nicht etwa behaupten wollen, ein französischer,
- * bzw. schwedischer Bauer, für den die Versicherungspflicht
- * seit langem besteht, sei unfreier oder weniger verantwortungs-
- * voll als der deutsche. Für den realistischen Beschauer
- * gibt es darüber hinaus gar keinen Zweifel darüber, daß unsere
- * freiheitliche Ordnung steht und fällt mit der freiheit-
- * lichen Einstellung der Masse der Bevölkerung, d.h., der
- * der Arbeitnehmer, das zudem verantwortliches Handeln ein
- * Maß sozialer Sicherheit voraussetzt.

Gelungener Durchbruch

Erfreulicherweise haben sich in den letzten Jahren die Erkenntnisse vertieft und die Auffassungen wesentlich gewandelt. Schon 1959 sagte der CDU-Abgeordnete Struve, daß man mit der Einführung der landwirtschaftlichen Altershilfe den Bedürfnissen der Landwirtschaft entsprochen habe. Deutlich sprach er sich für die Pflichtversicherung aus: "Bei einer Freiwilligkeit werden sie nur erreichen, daß die größeren und bessergestellten Bauern sagen: Vielen Dank!"

Auch im Bauernverband ist der Durchbruch gelungen. Besonders die kleineren und mittleren Bauern, sowie die jüngeren Kräfte, gewinnen mehr und mehr an Terrain. Am 18. Januar 1963 forderte die Jahresmitgliederversammlung einen landwirtschaftlichen Sozialplan. Dieser ist zwar nicht so umfassend und in sich geschlossen wie der der SPD, er ist jedoch ein wesentlicher Fortschritt.

Die SPD verzeichnet diese Entwicklung mit Genugtuung.

Keine Frauen für Bundeswehr-Einheiten

Ein offenes Wort zu einer abgestoppten Erneuerungs-Aktion

sp - Mit dem in der Sache und in den Argumenten weitgehend prinzipiell übereinstimmenden "Nein" von SPD und FDP ist das Unternehmen des Bundesverteidigungsministeriums schon im ersten Anlauf abgestoppt worden, das die Ernstfall-Dienstverpflichtung der etwa 35.000 freiwilligen weiblichen Hilfskräfte, die heute im zivilen Bereich der Streitkräfte tätig sind, für den "Verband" der Bundeswehr zum Ziele hatte.

Diese Art des Einsatzes von Frauen wird durch das Grundgesetz aus guten Gründen verboten. Die vom Bundesverteidigungsministerium aus heiterem Himmel gestartete Aktion hätte also zu ihrer Verwirklichung eine Änderung des Grundgesetzes vorausgesetzt und erfordert. Nach der Fraktionsstärke des Vierten Bundestages hätte zwar schon das "Nein" der SPD allein genügt, um hier einen Riegel vorzuschieben. Das "Nein" der FDP macht jede weitere Diskussion über dieses Verfassungsänderungs-Thema endgültig überflüssig; im übrigen weiß man erfreulicherweise, daß es auch in der CDU/CSU eine sehr starke Gegenströmung gibt.

Nachdem der Fall so ein für alle Mal zu den Akten gelegt worden ist, wird man sich aber sehr ernsthaft mit der Frage befassen müssen, welche Stellen in der Erneuerungs-Kaserne dieses recht bedenkliche Unternehmen in die Wege geleitet haben mögen. Diese Frage und die Antwort müssen nämlich ein sehr helles Schlaglicht auf eine ganz bestimmte geistig-politische Haltung und auf die sie vertretenden Gruppen werfen, deren Wirken im gemeinsamen Interesse des demokratischen Staates und seiner demokratischen Streitkräfte einer äußerst sorgfältigen Beobachtung zu unterwerfen sind. Die Argumente, die für die angestrebte Dienstverpflichtung von Frauen "im Verband der Bundeswehr", also bei den Einheiten selber, vorgebracht worden sind, müssen von der Sache her und aus der politischen Erfahrung heraus mit derselben Skepsis zur Kenntnis genommen werden, mit der man die ganze Aktion als solche beurteilen muß.

Man wird dabei von sozialdemokratischer Seite vor allem auch dem sehr deutlichen Gegenargument der freien Demokraten zustimmen können, daß dieser Versuch ganz einfach nicht mit den Vorstellungen unserer Gesellschaftsordnung zu vereinbaren ist. Und genau an diesem Punkt wird das Unternehmen, das man in einem Nachmittagsgespräch mit den weiblichen Bundestagsabgeordneten möglichst lautlos über die Bühne bringen wollte, zu einem besonders symptomatischen Teil des Leides, wie man sieht, immer noch offenen Problems der nahtlosen Eingliederung der Bundeswehr in unsere parlamentarische Demokratie.

Die Tatsache, daß es in der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr Personen und Kräfte gibt, die in diesem Zusammenhang ganz offensichtlich immer noch oder schon wieder kein Gespür für das Mögliche und für das Unmögliche haben, sollte nicht nur die Wehrexperthen im Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit aufhorchen und sehr aufmerksam werden lassen.

"Taten sprechen lauter als Worte"

sp - Dem Institut für Frieden in Wien, dem Hauptquartier des kommunistischen Weltfriedensrates, liegt ein höchst peinlicher Brief vor. Sein Verfasser heißt Peter Cadogan. Dieser Mann ist nicht irgendwer, er ist der militante Sekretär des britischen Komitees der Hundert, das verantwortlich zeichnet für die diesjährigen Ostermärsche der Atomwaffengegner in England. Was dabei an Verrat sorgsam gehüteter Geheimnisse, den Atomschutz betreffend, herauskam, wird noch lange britische Gerichte und die Öffentlichkeit beschäftigen. In dem Schreiben an den kommunistischen Weltfriedensrat hatte Cadogan gebeten, der Weltfriedensrat solle die Atomwaffengegner in den Ländern des Warschauer Paktes ebenso zu Demonstrationen auffordern, wie es das Komitee der Hundert im eigenen Lande erwarte. Das Schreiben enthielt konkrete Hinweise auf Raketenbasen in Mitteldeutschland, es nannte die Namen von vier Ortschaften, in deren Nähe sowjetische Raketenbasen liegen. "Taten sprechen lauter als Worte" schloß der Brief. Eine Antwort ist bis jetzt noch nicht erfolgt und dürfte wohl auch kaum zu erwarten sein, denn dies widerspräche der eigentlichen Zielsetzung dieses famosen "Friedensrates", der ausschließlich im Dienst des Weltkommunismus steht. Würde er, wie er vorgibt, wirklich dem Frieden und der Verständigung zwischen den Völkern dienen wollen, dann hätte ihn nichts daran hindern können, die Herren in Ostberlin und anderswo zu drängen, sie mögen Demonstrationen von Atomwaffengegnern auch bei ihnen zulassen. Doch solche Einsicht wäre von Kommunisten zuviel verlangt. Sie brauchen die einseitige Schwächung des Westens; damit sie umso besser im Schatten mächtiger sowjetischer Atomrüstungen wirken können. Sollte das Schweigen des Wiener Weltfriedensrates auf den Brief des britischen Atomwaffengegners Cadogan nicht auch unseren Ostermarschierern zu denken geben? Oder fällt es gar so schwer, Naivität und Leichtgläubigkeit zuzugeben?

"Stiefkind der Gesellschaftsordnung"

sp - Harte Worte der Kritik gegen die bisherige Familienpolitik der Bundesregierung fielen auf der Tagung des Familienbundes der deutschen Katholiken in Münster, Westfalen. Nach eigenen Angaben gehören dem Bund 600.000 Familien an; sind also legitimiert, Gehör zu finden. Verlangt werden die Heraufsetzung eines Zweit-Kindergeldes bei einem Einkommen von 750 DM statt bisher 600 DM, die Erhöhung des Kindergeldes von 27 auf 30 DM, beim dritten Kind von 40 auf 50 DM, beim vierten auf 60 DM und beim fünften Kind auf 70 DM, ferner die Fortsetzung der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus bis zur völligen Beseitigung der Wohnungsnot und die Verlängerung der Wohnraumbewirtschaftung. Die Familie sei als "Stiefkind der Gesellschaftsordnung" behandelt worden, ließ sich der Vorsitzende des Bundes vernehmen. - Es wird ihm niemand widersprechen. Wir haben die schlechteste Kindergeldregelung in Europa, auch das hat sich schon lange herumgesprochen. Wer trägt die Verantwortung dafür? Sind es nicht alle bisherigen von den Unionsparteien gestellten Bundesregierungen? Sie schlugen alle sozialdemokratischen Anträge und Vorschläge in den Wind, sogar Bundesminister stimmten dagegen, die dem Familienbund angehören. Aber noch ist Zeit zu Reue und Buße. Anträge, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau nicht zu kürzen - wie vom Bundeskabinett geplant - und die für den 1. Juli dieses Jahres vorgesehene Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung in den sogenannten weissen Kreisen um mindestens ein Jahr zu verschieben, liegen vor. Es liegt nun am Familienminister Dr. Heck, der dem katholischen Familienbund in einem Grußtelegramm seine Sympathie bekundete, in der CDU/CSU für die Annahme dieser Anträge durch den Bundestag zu wirken.